

endet sein werden, so daß dann die kühnere Frage der Erwerbsfrage auf die Tagesordnung gesetzt werden könne.

Die Quertreibereien gehen weiter

Während die deutsche Delegation noch auf der Reise nach Locarno war, hat die Presse der Rechten, vor allem die der deutschnationalen Regierungspartei, bereits ihre Parolebefehle hinter den Reichsmäntel und den Reichsaussenminister hergeholt.

Stresemann läßt jetzt in der Nationalliberalen Korrespondenz abblafen. Es heißt dort u. a.: „Die Deimat muß sich in einmütiger Front hinter die deutschen Verhandlungsführer stellen und darf nicht den Anschein erwecken, als ob sie sich in wesentlichen und wichtigen Fragen von der Auffassung ihrer Delegierten unterscheidet.“

Die Führer der deutschen Delegation haben allen Grund, sich gegen diese deutschnationalen Kontroversen zur Wehr zu setzen. In einem rechtserhebenden Berliner Vorkonferenzlaß läßt ein ehemaliger „demokratischer“, jetzt völkerverfeindlicher Professor folgenden Satz vernehmen, daß „selbst wenn das Unglaubliche erreicht werden sollte, wenn also Frankreich seine grundsätzliche Einstellung in Bezug auf unsere Eintracht in den Völkerbund aufzugeben würde, dieser Eintracht trotzdem für uns der entscheidendste Schritt“ bleiben würde.

Die Völkischen unterliegen selbstverständlich mit aller Kraft die Aufzeichnung der deutschnationalen gegen die offizielle Außenpolitik der von ihr gestifteten Reichsregierung. In der Deutschen Zeitung verhöhnt Freitag-Loringhoben die deutsche Delegation in Locarno, die bei ihrer Abreise vom diplomatischen Korps an den Bahnhofs Bahnhof begleitet worden sei.

Plünderung eines Ländchens

Eine bürgerliche Mehrheit erpreßt in Braunschweig 20 Millionen für den Herzog

Die schwarzweißrote Regierung von Stahlhelm's Gnaden, die seit der Landtagswahl am letzten Dezember regiert, ist gewiß, dem abgedankten Welfenherzoge ungeheure Vermögenswerte zuzuschreiben. Unter der Linkregierung sind die unbestimmten Forderungen eines Mannes, der nur fünf Jahre Braunschweig mit seiner Herrschaft „beglückte“, stets abgewiesen worden.

höhung der Steuerlasten in Braunschweig sein. Die bürgerliche Presse stimmt in getadelt herausfordernder Weise schon Jubeltöne über die Rückkehr der Herzogsfamilie in das Land an. Sonderberichterstattung dieser Zeitungen fahren nach Gmunden, schreiben schwülstige Berichte und zeigen Illustrationen über das Leben „ihres Herzogs“ und machen der Öffentlichkeit weis, das ganze Braunschweiger Volk könne die Rückkehr dieser Familie nicht mehr erwarten.

Der mecklenburgische Reichsbannerprozeß

Am Reichsbanner-Prozeß von Grewedmühlen ist die Verweisungnahme beendet. Was die Krontribunale unter dem Befehl der Reichsanwaltschaft unter dem Vorsitz des Reichsanwalt Dr. v. Krosigk in Grewedmühlen seit Jahren hindurch verurteilt haben, ist demnach durch die im allgemeinen unpolitische Vorliegende des Reichsbanners verurteilt, die als Reue gelobenden Maßnahme zu ermahnen, während ihres kurzen Gastspiels in der Stadt

keine neuen Erzfälle auszubilden. Die Vernehmung der einzelnen Zeugen zog sich Stundenlang hin. Je weiter der Prozeß seinem Ende entgegengeht, um so lebhafter wurde sein Antlitz. Die Verurteilten und Angeklagten sind oft viel wichtiger als die im Vordergrund der Verhandlung stehenden die Angeklagten unmittelbar einen unerschrockenen Meistertag führen.

Recht einer geforderten Notwehr gegen politische Terroristen, und dieses Recht soll in Grewedmühlen beschränkt werden. Vergebens kämpft die Verteidigung um ihr Recht und nicht umsonst erhebt der Verteidiger Dr. v. Krosigk immer und immer wieder von neuem Protest: „Ich würde es bezweifeln, wenn mir einmal das Recht in dem Umfang eingeräumt würde, wie der Herr Vertreter der Anklage hier dauernd ausruft.“ Im Zentrum der Verhandlung stand die Frage der Protokolllage, deren Unrichtigkeit und tendenziöse Aufmachung von vielen Zeugen immer wieder bestätigt wird.

Bestialische Fememorde

Zwei Jahre schon beschlügt man die Mörder

Nachdem die Politische Polizei des Polizeipräsidenten Berlin im Fall der Ermordung des Schützen Bantzer in gute und rasche Arbeit gemacht hat, ist es zu wünschen, daß es der Kriminalpolizei und der Landgendarmarie Preußens und der übrigen deutschen Länder in kurzer Zeit gelingt, die übrigen Fememörder hinter Schloss und Riegel zu bringen. Immer neue Mordaktionen der Feme werden in letzter Zeit bekannt, die nach der Verhaftung des berühmten Oberleutnants Freiherr von Zenden von Ansehens zu Auslöse und von Verhaftung zu Verhaftung immer größerer Umfang annehmen.

Im Mai 1923 näherte sich dem aus Frankfurt a. d. C. kommenden Alfred Brauer ein Verber der „Schwarzen Reichswehr“ und vertrat ihm eine Stellung in der Reichswehr. Brauer trat gegen den Willen seiner Angehörigen in das kaiserliche Militär-Bataillon in Küstrin ein. Er wurde als Unteroffizier eingeeilt, ohne zu wissen, daß er sich bei einer illegalen Formation befand. Bald merkte er an den skandalösen Zuständen, daß er betrogen worden war. Zweimal verließ er sich freizugewandten, doch die Angst vor der Feme hielt ihn immer wieder fest.

Der hatentkruzerische Mörder frei

A. Wien, 6. Oktober. (Eig. Draht.) Der hatentkruzerische Mörder Rudolf, der den Schriftsteller Viktor ermorde, ist von den Geldmördern schuldig der Tat, aber von Strafe freigesprochen worden, weil sie ein „nicht zurechnungsfähig“ annehmen. Unter Wiener Parteiführer, schreibt dazu: „Wenn Hoff-

haben und daß die sogenannte „Defogierung“ einer Herberge völlig aus der Zeit gegriffen war. Aus dem verlesenen Protokoll eines der „flüchtigen Zeugen“ ging hervor, daß die Völkischen die Absicht geäußert hatten, die Reichsbannerleute zu überfallen, ihnen die Waffen bei etwaigem Einschreiten der Polizei zu rauben und sie als Schützen und Inhaber von Revolvern zu bezeichnen. Einbruch erhob der Staatsanwalt gegen die Vernehmung des Zeugen, dessen Solal von den Reichsbannern getötet worden war. Es wurde vom Gericht als wahr unterstellt, daß die Reichsbanner wie eine wilde Horde das Gasthaus übermümpelt und die schwarzrotgoldenen Fahnen von den Wänden heruntergerissen haben. Die Völkischen haben sich wie weiter festgestellt wurde, eine Amtsanweisung nach der anderen aufschreiben lassen, sie sperrten die Straßen an bedrohten harmlose Passanten mit ihren Knüppeln und Pistolen, verübten verschiedene Freiheitsberaubungen und verlesenen einen Polizeibeamten einen dazwischen Schwenken Schlag auf den Kopf, daß er einige Minuten betäubt auf dem Boden lag. Die übrigen Polizeibeamten mühten sich mit einer Kanonade von Schimpfwörtern aufreiben. Die völkischen Revolverhelden sehen nunmehr, soweit sie nicht flüchtig sind, als Zeugen vor Gericht, das überfallene Reichsbanner aber als schuldig an der Anklagebank!

Kleine politische Nachrichten

Deutsch-russisches Kreditabkommen

Moskau, 6. Oktober. Die der Finanzkommission Sololowoff erteilt, ist zwischen der Staatsbank der Sowjetunion und einer Gruppe deutscher Großbanken ein Kreditabkommen in Höhe von 75 Millionen Goldmark zustande gekommen. Dieser Kredit soll zusammen mit dem Handelskredit eine Barausgabe aus Deutschland in Höhe von 100 Millionen R. ermöglichen. Der deutsche Kredit wird die sofortige Ermächtigung der Einreise von Waisinen und Gebrauchsgüter ermöglichen und zwar nach bevor Ausland aus eigenen Exporten Auslandswaisine erhält.

Oesterreichs Kampf um Selbstverwaltung

A. Wien, 6. Oktober. (Eig. Draht.) Im Hauptausgang des Nationalrats brachte Dr. Bauer im Namen der sozialdemokratischen Fraktion zu den neuen Verfassungsverhandlungen einen Antrag ein, wonach der Nationalrat die Reichsliste des Bundes als unvereinbar mit der Freiheit und Würde der Republik Österreich ablehnt. Demgegenüber wird vorgeschlagen, dem Völkerverbund Bürgerschaften gegen einen Rückfall Österreichs in seine Feindschaft zu geben und außerdem die Bestellung eines Vertreters der Nationalrat zuzustimmen, wenn der Kurs des Schieds unter die Selbstverwaltung sinkt. Der Nationalrat ist überzeugt, heißt es in dem Antrag, daß für die Republik alle erforderlichen Bürgerschaften gebildet sind, so daß eine Kontrolle nicht notwendig wäre. Ueber den Antrag wird am Donnerstag abgestimmt werden.

stod wahrscheinlich ist, so ist er ein selbsterklärter Wortführer der Völkischen die ihn zu einem Deros proklamieren haben. Er ist aber nicht unfähig, so ist der Wunsch, der mordet und mit einer feigen Hand die Verantwortung leugnet, ein noch selbsterklärter Held. Entweder maßlos sinnig oder vollkommen. Die Hakenkreuzler, die ihn hervor gebracht, die Christlichen, die ihn geirret haben, mögen sich aufsuchen, was ihnen als Belohnung mehr willkommen ist.“

Barmats Vernehmung

Auf der Suche nach neuen Jugmitteln für ihre hitelnde Partei, sind die Kommunisten wieder einmal auf Barmats Beziehungen zur Sozialdemokratie und zur Sozialdemokratischen Internationale verfallen. Der Kommunist Stellerer machte dabei im preussischen Barmat-Ausschuß noch einmal die schon so oft erörterten Fragen nach diesen Dingen stellen. Da jedoch Julius Barmat nach antwortlichen Schulden zu krank ist, um vor dem Untersuchungsausschuß zu erscheinen und die verschiedenen „Zeugen“, Verdächtigungen und Verteidigungen von auswärts nicht und recht über sich ergehen zu lassen, beauftragte man den Vorliegenden, Professor Leidig (D. Sp.), sich mit dem Verteidiger, v. Waldhausen (Draht, Sp.), und einem Staatsgraphen in die Wohnung Julius Barmats zu begeben, um über die Fragen vorzulegen. Sie bezogen sich in erster Linie darauf, ob irgendwelche Beziehungen Barmats oder irgendwelche Produktion durch sozialdemokratische oder Generalführer zur Leitung einer Geschäftszweigung zwischen Barmat und der Groß-einkaufsgesellschaft (GGG) tätig gewesen seien. Dazu erklärte Barmat, daß diese Geschäftszweigung einmal rechtsergänzt gewesen ist und, soweit sie im Jahre bestand, irgendwelche Vermittlung oder Protektion gar nicht erforderlich, denn die Nahrungsmittelofferten Barmats aus Holland wurden selbstverständlich von den deutschen Empfängern sehr gern angenommen. Und nach dem Abgange ist irgendeine Vermittlung oder Protektion in dieser Hinsicht nicht ausgeübt worden. Hebrington haben im Krieg die meisten Firmen, wie z. B. Krupp, bei Barmat gekauft, und ein Vertreter der Kruppischen Volkshilfsvereinsverwaltung wohnhaft in Amsterdam bei Barmat gewesen, um die Verhandlungen selbst zu übernehmen.

Es folgte die Frage nach Geschenken oder sonstigen in ähnlichen Zusammenhängen Barmats an Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens, wie Abgeordnete, hohe Beamte und Persönlichkeiten mehr. Dazu erklärte Barmat, daß er und seine Freunde sich bei privaten Feiern, wie Hochzeiten, Geburtstagen, Jubiläen und dergleichen, gelegentlich beschenkt haben, ohne daß er für seinen Teil davon irgendeine Gegenleistung erwartete oder gewünscht habe. Barmat betont ausdrücklich, daß er von dem deutschen Völkerverbund Barmat-Bühnen Richter niemals Gegenleistungen erhalten hat, auch gar keine brauchte, denn seine Bekanntschaft mit Barmat ordnungsgemäß vom deutschen Generalkonsulat Amsterdam und er brauchte Richter's Hilfe dazu nicht. Deilmann aber, so fuhr Barmat fort, konnte mir gar nichts verschaffen.

Der Sachverhalt wird indes durch das Verhalten von Barmat an den Kommunistenführer Koenen hin, das als eine herbeide Beschlüßigkeit betrachtet werden könne, da Koenen in Holland das Geld ausgegangen war. Ebenso hat Barmat Wilhelm Richter ausgeholfen, als seiner Familie in der Sommerfrische auf Rugen das Geld ausgegangen war; er hätte sonst ihren Schuldenstand nicht abdecken müssen. Richter selbst hat dem Völkerverbund aus daß er bei dem damaligen Infanterietempo eine Rückzahlung nur in Vermögenswerten hätte leisten können. Barmat fügte hinzu, daß den Empfängern solcher Gelddarlehen mindestens die Hälfte des Zinses voranbezahlt worden sind. Barmat hat kein Darlehen an den Völkerverbund erhalten. Ein Brief hat er nie an Barmat bekommen. Dr. Georg Bradauer hat einmal etwa 2000 M. für eine Reise nach Belgien gegeben und sie zurückgehabt.